Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Landtags-Zeitung. 1833-1846
1846

86 (4.3.1846)

Visual Library

Wochenblatt (XVI.)
als Fortsetzung der
Die Landtagszeitung besteht aus einem Abonnement von 150 Nummern und kostet 3 fl. 48 kr. Durch die Post bezogen 4 fl. 48 kr. für Baden.
Landtags-Zeitung.
Man abonnirt bei dem nächstgelegenen Postamte, in Karlsruhe bei Malsch und Vogel, von welchen das Blatt auch im Buchhändlerwege zu beziehen ist.
[Nr. 86.] Karlsruhe 1846. [4. März.]
Herausgegeben von Karl Mathy. — Redigirt von Karl Stein. — Druck und Verlag von Malsch und Vogel.

Ueberblick des badischen Verfassungslebens, mit besonderer Rücksicht auf die Richtung und Thätigkeit der Parteien in der zweiten Kammer.

Von **A. v. Soiron.**

(Fortsetzung.)

Was nun zunächst die Eröffnung an das Volk betrifft, so wird — wenn man sonst nichts, als eine Eröffnung darin finden will — Niemand an der Richtigkeit des Erfahrungssatzes zweifeln, daß man im Staatsleben nicht Alles auf einmal thun dürfe. Allein Viele haben in jener Eröffnung einen halb versteckten Vorwurf gegen die Kammer gefunden, welche, nach den vielen Motionen auf dem ersten Landtag zu urtheilen, auf einmal Alles habe umstoßen wollen. Diesen diene zur Antwort, daß Alles in jenen Motionen Begehrte mit Rech und zum Wohle des Landes begehrt worden, daß aber in der Kammer so wenig, als im Volk Jemand so unvernünftig gewesen, zu verlangen, die Regierung sollte das Unmögliche thun und alle gewünschten Verbesserungen auf einmal in's Leben rufen.

Auch die direkten Vorwürfe hat die Kammer nicht verdient.

Das Budget wurde am 3. April vorgelegt. Am 12. desselben Monats fand die Wahl der Commissionsmitglieder statt, am 20. desselben Monats geschah die Anzeige über die Unterabtheilungen. Wie oben bereits angeführt, war auf dem ersten Landtag ein Finanzgesetz nicht zu Stande gekommen, es handelte sich somit um das erste Budget, um eine Arbeit, die den Vertretern des Volkes noch neu war. Viele von den Mitgliedern der Budgetcommission waren zugleich Mitglieder der Commission zur Prüfung der Gemeindeordnung und der Commission zur Prüfung des Antrages auf Handelsfreiheit; namentlich war der Berichterstatter über die Gemeindeordnung Vorstand der Budgetcommission, was natürlich beide Arbeiten aufhalten mußte. Vom 7. Juni an wurden die Sitzungen der Kammer schon um sieben Uhr begonnen. Am 13. Juni wurde der Bericht über den Vortrag des ständischen Ausschusses, die Amortisationskasse betreffend, erstattet. Am 21. Juni zeigte ein Mitglied der Budgetcommission in öffentlicher Sitzung an, daß viele Rechnungsbeilagen noch nicht beigebracht seien. In der Sitzung vom 22. Juni wurde von der Budgetcommission Beschwerde darüber geführt, daß man ihr gegen die Zusicherung vom Jahr 1820 zumuthe, die Staatsrechnungen auf der Oberrechnungskammer einzusehen, statt ihr solche mitzutheilen und daß sich die nöthigen Rechnungen auch auf der Oberrechnungskammer bisweilen nicht vorfänden. Hierauf erwiederte die Regierung, sie sei nur zur Vorlage von Uebersichten verpflichtet. Am 26. Juni erst ertheilte die Regierung die förmliche Bewilligung, die Staatsrechnungen da, wo sie sich gerade befänden, einzusehen; erst in der nämlichen Sitzung benannte die Regierung die Commissäre, welche der Budgetcommission über die vom Ministerium des Innern abhängigen Etats die erforderlichen mündlichen Erläuterungen geben sollten.

In der Sitzung vom 11. Juli begann die Diskussion über den Bericht, die Amortisationskasse betreffend; in der Sitzung vom 13. Juli wurde dieser Gegenstand erledigt.

Während der Unterbrechung blieben zwei Mitglieder der Budgetcommission noch einige Zeit freiwillig zurück, um die Arbeiten vorzubereiten. (Vrgl. das Protokoll über die Sitzung vom 30. Juli.)

Als in der Sitzung vom 29. November der Schluß des Landtags auf den 31. Jänner bestimmt wurde, waren verschiedene Etats, die schon im Juni und Juli begehrt worden, der Budgetcommission noch nicht übergeben. Der Etat des Ministeriums des Innern war sogar während der Arbeit der Budgetcommission zurückgenommen worden, um ihn zu verbessern.

Am 2. Dezember wurde Bericht erstattet über die Nachweisung der Verwendung der für das Rechnungsjahr 1820 bis 1821 verwilligten Staatseinnahmen und eine Ueber-

sicht des Activ- und Passivstandes der Staats-Finanz-Haushaltung beigefügt. In der nämlichen Sitzung ist der Bericht über die Nachweisung der Verwendung der der Amortisationskasse für die Jahre 1820 bis 1821 zugewiesenen Gelder übergeben worden. Ueber den ersten dieser Berichte wurde am 10. Dezember, über den letztern am 4. Jänner discutirt.

Obgleich nach der ersten Hälfte des Dezember der Vorstand der Budgetcommission erkrankte, so wurde doch schon in der Sitzung vom 4. Jänner über das Militärbudget und über das Budget der Amortisationskasse berichtet, am 11. Jänner über den Pensionsetat, am 18. Jänner über den Civiletat, am 21. Jänner über die sogenannte Spar- und Depositenkasse beim Militär, am 23. Jänner über die Civilliste und Appanagen, am 27. Jänner über die Budgeteinnahmen und die auf der Einnahme haftenden Lasten. Die Diskussionen fanden am 22., 23., 25., 27., 28., 29., 30. statt.

(Fortsetzung folgt.)

Rundschau.

— Nach dem schwäbischen Merkur und andern Blättern wird die Nachricht ausgestreut, daß den Preußen, Hessen und Würtembergern der Besuch der Universität Heidelberg verboten werden soll. Dies Gerücht wird in der Regel vor den Wahlen verbreitet und thut daher die erwartete Wirkung nicht mehr. Es ist ein abgenutzter Wahlcoup.

— Die oberrheinische und die Abendzeitung enthalten günstige Wahlberichte aus Kippenheim, Schmieheim, Orschweier, Landbezirk Lahr, Oppenau und Griesbach (Renchthal), Müllheim, Bruchsal; ungünstige aus Beuern (Oosthal).

— „Nicht mehr Dunkel sind der Sehenden Augen, der Hörenden Ohr" (Jesaias 32, 8) — mit diesen Worten beginnt heute die süddeutsche Zeitung (Nr. 37) den Schluß eines längeren Aufsatzes gegen die Synoden. Aber ach! daß der Prophet wahr gesprochen, das ist es eben, was der Süddeutschen so vielen Kummer macht, was sie in ihrer ganzen Nummer so bitter beklagt. Nicht mehr Dunkel sind der Sehenden Augen, der Hörenden Ohr — in Offenburg, und darüber jammert die Süddeutsche drei und eine halbe Spalte lang, in einem Liede, — „das Stein' erweichen, Menschen rasend machen kann." Die Offenburger haben eine Eingabe für Zittels Motion, also gegen jesuitische Glaubenstyrannei gemacht, — und was hat sich dabei zugetragen? „Eine Frau — die Süddeutsche erzählt es — stellte sich mit ihren 5 Kindern unter bittern Thränen vor ihren Mann, und erklärte, daß sie lieber mit diesen (ohne ihren Mann) in's Wasser springe, als vom wahren Glauben abfalle." — Der Mann hat sie hoffentlich aufs Trockene gebracht und ihr begreiflich gemacht, daß er gerade dafür, daß Jeder bei seinem Glauben bleiben dürfe, die Petition unterschrieben. Ein Unglück kömmt aber selten allein. Selbst ein katholischer Geistlicher „früher der Schildknappe Mersy's", treibt jetzt seinen „kirchenfeindlichen Scandal." Das heißt, er ist ein guter Christ, der seine Brüder, auch wenn sie einen andern Glauben haben, liebt, wie Christus lehrt, und der sie nicht haßt, wie es die Jesuiten haben wollen. Daß der Bürgermeister Ree schlecht wegkömmt, versteht sich von selbst; er wird der Konstanzer „Säemann" genannt, und verdient den Namen, denn er hat guten Samen in Offenburg ausgestreut und sogar das Unkraut ausgejätet, womit die Jesuiten den Waizen ersticken wollten. Das wird ihm die Süddeutsche nie vergeben. „Nicht mehr Dunkel sind der Sehenden Augen, der Hörenden Ohr" — an der Bergstraße, und darüber weint die Süddeutsche in einem andern Artikel, findet übrigens ein Pflästerchen in Dossenheim, von wo ihr die angebliche Bedrohung Welckers eben so unrichtig mitgetheilt wird, wie sie im Morgenblatte von einem gewissen Hrn. Emanuel Carlebach, der sich auch Dr. Herber nennt, berichtet worden ist. Die Süddeutsche gesteht übrigens, daß der Geistliche in Dossenheim seine Gemeinde „ermahnt" habe; — wozu? — das steht im Morgenblatt als geschehen, während es doch bei dem frommen Wunsche blieb. Für das, was sie nach dem Wunsche des Geistlichen hätten thun sollen (Süddeutsche und Morgenblatt nehmen den Willen für die That), werden die Dossenheimer, zwar nicht zu Kreuzrittern, aber doch „zu mündigen und gesinnungstüchtigen Bürgern" geschlagen. Vorher aber wird dem armen, beinahe todtgeschlagenen Welcker und seinen Freunden zugerufen: „Seht ihr nun, ihr wackern Helden, ihr Freiheitsmänner und Welt-Erleuchter (sehr schmeichelhaft), ihr habt die Finsterlinge, die Pfaffen und Jesuiten (das sagen Sie — Süddeutsche, nicht ich), die bei den früheren Landtagswahlen größtentheils stumm waren und auch die geringste derartige Einwirkung für ein großes Vergehen gehalten hätten (il ya, avec le ciel, des accomodemens), aus ihrem Schlummer aufgerüttelt und auf den Kampfplatz gerufen (wohin sie aber nicht selbst kommen, sondern — um mit dem Morgenblatt zu reden — wohlbewaffnete Bauern senden); nun sollt ihr aber

auch ihre Macht kennen und fühlen lernen! Halten Sie ein, Süddeutsche, schenken Sie uns das Leben, oder erklären Sie uns wenigstens, bevor wir todtgeschlagen werden, wie sich Ihr heutiges Geständniß mit der früher so oft ausgesprochenen Behauptung reimt: der schwarze Landsturm sei lediglich aus eigener, freier, mündiger Ueberzeugung, und keineswegs auf Anstiften der Geistlichen in's Feld gerückt? — Nur das sagen Sie uns noch, Süddeutsche, dann wollen wir gern sterben! —

— Heute ist uns das Morgenblatt ausgeblieben, und wir haben es doch bezahlt. Wie werden die Marktweiber klagen, die es umsonst bekommen und so gut brauchen können. Dem Vernehmen nach sind die Schmelzer'schen Pressen unausgesetzt mit dem Druck der Flugschriften des Spitalpfarrers Winterer beschäftigt, welche erst verbreitet werden, ehe die Wahlen im Unterrheinkreis anfangen. Dies ist doch einiger Trost für die Verspätung des Morgenblatts.

— Der Karlsruher Zeitung haben wir für Einiges, was sie in den Nummern 57 und 58 bringt, aufrichtigen Dank abzustatten. Zuerst dafür, daß sie unsere Zeitung „Landtagsblatt" nennt. Diesen Titel hatten wir 1842 gewählt, er wurde uns aber von dem Großh. Ministerium des Innern verboten, was uns damals unangenehm war. Jetzt ist der Titel also erlaubt, aber leider können wir keinen Gebrauch mehr davon machen, da wir durch solides Verhalten der Firma „Landtagszeitung" so guten Ruf verschafft haben, daß eine Aenderung nicht räthlich wäre. Ferner danken wir für die Zusage, daß die Karlsruher Zeitung künftig mehr Richtiges bringen werde; wir werden alsdann das Vergnügen haben, immer mit ihr einverstanden zu sein. Endlich danken wir ihr dafür, daß sie eine Aeußerung des Sir Robert Peel, den wir mit ihr als einen der größten Staatsmänner verehren, zur Beherzigung empfiehlt, die Aeußerung nämlich: „Den Tag, an dem ich meinen Irrthum erkannte und Muth genug hatte, dem erkannten Bessern zu folgen, halte ich für den schönsten meines politischen Lebens." Sir Robert Peel gab diese Antwort auf den Tadel seiner eigenen Partei über seinen Vorschlag, eine Beschränkung aufzuheben und freiere Bewegung eintreten zu lassen.

Gegen Manches, was die Karlsr. Z. in den Nrn. 57 u. 58 uns entgegen hält, hätten wir Einwendungen zu machen, allein wir haben zu viel mit Feinden zu thun, die uns auf Tod und Leben angreifen und als Opfer für Volksgerichte bezeichnen — wogegen wir übrigens die Polizei nicht zu Hülfe rufen, in dem wir uns allein helfen können — wir haben zu viel mit diesen Feinden, welche auch die Feinde der gegenwärtigen Regierung sind, zu thun, als daß wir über Meinungsverschiedenheiten von geringer Erheblichkeit uns lange aufhalten sollten. —

Wir berühren daher nur Weniges: Wenn z. B. die Karlsruher Zeitung aus der Bemerkung der Oberrheinischen, die Mißstimmung in der Kammer sei von Tag zu Tag gestiegen, und Jedermann habe gefühlt, daß so die Geschäfte zu keinem Ziele geführt werden könnten, — wenn die Karlsruher Zeitung daraus das Zugeständniß ableitet, die Auflösung sei nothwendig gewesen, so ist dieß offenbar zu weit gegangen. Die Regierung hatte die Wahl, entweder die Klagen der Kammer über Mißbräuche der Verwaltung zu untersuchen und den Uebelständen, die sich als wirklich vorhanden darstellen würden, abzuhelfen, — oder aufzulösen. Das ist es, was wir zugeben; das, und nichts Anderes, sagt auch die oberrheinische Zeitung. Hätte die Regierung den Klagen der Kammer Gehör geschenkt, dann war die Mehrheit bereit, von der Adresse abzugehen, denn es war dann ein anderer, der Regierung minder unangenehmer Weg gefunden, um das Ziel, — Herstellung eines gesetzlichen Verfahrens der Verwaltungsstellen gegen die Bürger — zu erreichen. Indessen — nothwendig oder nicht — die Auflösung ist geschehen und wir wollen hoffen, daß sie zum Guten ausschlage.

Wollten wir der Karlsruher Zeitung in ihrem zweiten Artikel (Nr. 57) folgen und die Sache von einem höheren Standpunkte aus betrachten, so könnten wir daraus weit mehr Gründe gegen die Auflösung als für dieselbe schöpfen. Dann würde es sich zeigen, daß ein Bund der Absolutisten mit den Jesuiten gegen die Bürger — den wir nicht der Regierung schuld geben, der aber bei der Auflösung seine Rolle spielte — nicht hätte begünstigt werden sollen. Dann würden wir erörtern müssen, wer die Vorwürfe verdient, die uns die Karlsruher Zeitung spendet, nicht ehrlich oder nicht fähig zu sein, das Leben zu begreifen, wie eingebildete Träumer oder thörichte Kinder das Bestehende umstürzen zu wollen und mit den Heiligthümern des Volkes zu spielen; endlich gar, mit bewußter oder unbewußter Heuchelei die constitutionellen Formen auszubeuten, um gegen gehässige Zustände zu intriguiren. Wir werden über diese Vorwürfe schon darum nicht empfindlich, weil sie uns nicht treffen. Denn wir wollen das Bestehende nicht umstürzen und mit dem Heiligthume der Verfassung nicht spielen; allerdings aber wollen wir gegen „gehässige Zustände", das heißt gegen Unrecht und Mißbräuche ankämpfen, gerade um die bestehende Verfassung rein zu erhalten und die Zustände zeitgemäß zu verbessern.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Will die Regierung das nämliche, so unterstützen wir sie; wollte sie etwas Anderes, so müßten wir bedauern, daß unsere Ueberzeugung uns nöthigt, ihr entgegen zu treten. Wenn sich endlich die Karlsruher Zeitung damit schmeichelt, daß die Auflösung der Stände einer gewissen Geistesrichtung auf immer ein Ziel setzen werde, so können wir einen bescheidenen Zweifel nicht unterdrücken. Geistesrichtungen entstehen, herrschen und vergehen nach höheren Gesetzen, welche der Gewalt irdischer Regierungen nicht unterliegen. Kein Despot der Erde vermag eine Geistesrichtung zu vernichten, welche sich in der Zeit als nothwendig ergibt. Was ein Napoleon, was ein russischer Kaiser nicht bewirken konnte, das wird die badische Regierung durch eine Auflösung der Landstände schwerlich erreichen.

Wir haben der Karlsruher Zeitung nicht vorgeworfen, daß sie den Anstand oder die Achtung, die man einem anständigen Gegner schuldig ist, verletzt habe. Der Aufsatz, von dem wir sagten, daß er neben den üblichen Scheltworten auch Gründe enthalte, war aus der Freiburger Zeitung in die Karlsruher übergegangen. Selbst wenn sie uns, wie oben erwähnt, eingebildete Träumer und thörichte Kinder nennt, halten wir das nicht für unanständig, denn wir gönnen der Polemik einen weiten Spielraum. Jeder mag selbst ermessen, wie viel Freiheit er sich nehmen will; das rechte Maß zu halten ist allerdings nicht leicht. So viel auf die Bemerkung in Nr. 58 der Karlsruher Zeitung.

— Die Freiburger Zeitung schließt einen langen Artikel an die Wähler (Nr. 59), worin sie die einfache Regel aufstellt, Diejenigen nicht zu wählen, welche in der aufgelösten Kammer zur Majorität gehören — mit der Behauptung, daß das Volk, wenn es die nämliche Majorität doch wieder wähle, als keines Willens fähig und den Unmündigen gleich zu achten sei. Also nicht wenn es seiner Ueberzeugung treu bleibt, sondern nur wenn es dem verderblichen Rathe der Jesuiten folgt, hat das Volk einen Willen und ist es mündig! —

— In Grafenhausen sind die Wahlen nach dem Wunsche der Freiburger Zeitung ausgefallen.

Briefe.

* Vom Rhein, 2. März. Endlich sind die Flugschriften ausgeflogen, womit Spitalpfarrer Winterer in Mannheim die Pfälzer zu jesuitischen Wahlen zu verlocken hofft.

Mitwoch, den 4. März beginnen die Wahlen im Landamt Heidelberg. Eine jener Flugschriften haben wir schon beleuchtet; zwei andere liegen vor uns. In der Einen richtet der Jesuit, welcher bald darauf die Maske eines protestantischen Geistlichen vornahm, „Gute Worte an das katholische Volk in Baden.“ Die guten Worte bestehen aber lediglich in Schmähungen über die „Worte der Beruhigung,“ worin aufgedeckt wurde, wie die Jesuiten das Volk zu täuschen, Haß und Zwietracht unter Brüdern zu erwecken suchen. So sagen z. B. die guten Worte: der Abg. Zittel verlange Freiheit für die abscheulichsten Ausartungen, die christliche Religion werde durch seine Motion für vogelfrei erklärt, und was dergleichen Unwahrheiten mehr sind. Das zweite Blatt ist überschrieben: Ermahnungen an das badische Volk im Augenblick seiner Wahlen, und es leuchtet daraus die Angst hervor, daß die Bürger am Ende doch den Jesuiten nicht in das Garn gehen werden. Es heißt am Schlusse, daß die Freunde der Verfassung „die Bosheit und die Unverschämtheit so weit treiben,“ daß sie sagten, sie seien nicht gegen die Regierung, sondern nur gegen die jesuitische Partei, welche in ihren Blättern aufgefordert hat, die bürgerliche Regierung zu stürzen, weil sie selbst herrschen möchte. Das sollen die Bürger nicht merken, und darum werden die Flugschriften des Jesuiten auf Märkten, Landstraßen, in Dörfern und Häusern verbreitet. Es wird eine schöne Sammlung geben, wenn die Geschichte fertig ist, wenn der Jesuit sehen muß, wie aller Lug und Trug nichts geholfen hat, weil die größere Zahl der Bürger mehr Verstand und Einsicht hat, als ihnen der Jesuit zutraute. Wenn man die Flugschriften liest, welche von „Racheleidenschaft, Schmähreden, Aufwühlern, Abscheulichkeiten Lügen, Vorspiegelungen, Heuchlern, schändlichen Gleißnern, unflätigen Lästerungen“ und ähnlichen Ausdrücken wimmeln, dann findet man auch für sie einen Namen; er heißt: Jesuitenspiegel!

---

* Mannheim, 2. März. Herr Joseph Tunna jun. am Neckarthor zu Mannheim erläßt so eben nachstehendes Circular:

„Ich erkläre hiermit, daß ich weder Eingeweihter noch wirkliches Mitglied des bekannten Wahleinwirkungscomites gewesen bin und einzig von zu weit getriebenem religiösem Gefühle mich bewegen ließ, Gelder und Briefschaften für dasselbe in Empfang zu nehmen, was von nun an nicht mehr geschieht, weil ich solches nach reiflicher Ueberlegung und geläutertem Rechtsbegriffe mit einer bürgerlichen Stellung unverträglich gefunden habe.“

Mannheim, 2. März 1846.

gez. Joseph Tunna, jun. am Neckarthor.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg